

Antworten der Parteien liegen vor

Die Wahlprüfsteine des SoVD

In der letzten Ausgabe der SoVD-Zeitung (Juli/August 2013, Seite 4-7) stellten wir Ihnen die Wahlprüfsteine des SoVD vor. Diese wurden zeitgleich an alle größeren Parteien geschickt, die am 22. September zur Bundestagswahl antreten. Inzwischen liegen uns die Antworten vor, die wir in Auszügen auf den folgenden Seiten abdrucken.



Da die einzelnen Positionen der Parteien teilweise sehr umfangreich ausfielen, müssen wir uns bei deren Abdruck in der SoVD-Zeitung schon aus Platzgründen auf einzelne Kernsätze beschränken. Das gilt auch für die detaillierten Forderungen des Sozialverbandes im Rahmen der Wahlprüfsteine. Ganz konkret werden wir auf insgesamt vier Fragen zu den Themen Sozialstaat, Rente, Pflege und Mindestlohn etwas genauer eingehen.

An zentraler Stelle in der Hauptstadt liegt die Bundesgeschäftsstelle des SoVD. Von hier aus gingen die Wahlprüfsteine an die Parteien.

Wenn Sie die Wahlprüfsteine des SoVD sowie die einzelnen Antworten der politischen Parteien darauf in voller Länge lesen möchten, können Sie dies im Internet tun. Besuchen Sie dazu einfach das Wahlportal des SoVD unter www.sovd.de/btw-2013.

Es sei an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen, dass sich der SoVD parteipolitisch neutral verhält und keine Empfehlung zur Wahl der einen oder anderen Partei ausspricht. Auf dieser und den folgenden Seiten geht es allein um eine inhaltliche Darstellung der unterschiedlichen Positionen der Parteien zur anstehenden Bundestagswahl.

Sozialabbau stoppen

Unter der Überschrift „Sozialabbau stoppen – Armut bekämpfen“ stellten wir den zur Wahl stehenden Parteien unter anderem die folgende Frage: „Welche Wege aus der Armut und der wachsenden Spaltung der Gesellschaft können Sie aufzeigen?“. Im Folgenden lesen Sie in Auszügen die Antworten, die wir erhielten.

Das Rezept von CDU und CSU gegen steigende Einkommensunterschiede sind vor allem gute Rahmenbedingungen, die eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung fördern und so zu fairen Chancen für alle führen. (...) CDU und CSU wollen, dass durch gute Beschäftigungsperspektiven die positive Entwicklung andauert. Steuererhöhungen, die die Investitionsfähigkeit unserer Unternehmen und damit auch Arbeitsplätze gefährden, lehnen wir deshalb ab.

Die Bekämpfung – oder besser: die Vermeidung – von Armut kann nicht isoliert durch einzelne sozial- und steuerpolitische Maßnahmen erfolgen, sondern setzt zuerst einmal den politischen Willen voraus, den Trend der letzten Jahre (...) umzukehren. Und: Nicht nur Besitz und Einkommen sind immer ungleicher verteilt, sondern auch Zugänge zu Bildung, Gesundheit, Mo-

bilität und Kultur. Die SPD möchte diese Entwicklung umkehren und dafür sorgen, dass alle Menschen an den Möglichkeiten der Gesellschaft teilhaben können.

Der Wohlstand hat insgesamt für alle zugenommen (...). Vorrangiges Ziel der FDP ist es, Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Arbeit ist der beste Schutz vor Armut. (...) Darüber hinaus muss gewährleistet werden, dass im Lebensumfeld von Menschen mit Unterstützungsbedarf Angebote entstehen oder ausgebaut werden, die gesellschaftlich-kulturelle Teilhabe ermöglichen und gute Lebensperspektiven eröffnen. Jeder soll die Chance haben, etwas aus seinem Leben zu machen. Die Politik muss dafür Sorge tragen, dass sozialer Aufstieg möglich wird.

Die Linke hat ein konsequentes Programm der sozialen Gerechtigkeit und Umverteilung von Reich zu Arm beschlossen. Es beinhaltet die Schaffung guter Arbeit und die Stärkung der Lohneinkommen, den Ausbau der sozialen

Sicherung und der öffentlichen Daseinsvorsorge, darin Vorschläge für die Ausgestaltung eines Bildungssystems, das soziale Unterschiede abbaut und soziale Gerechtigkeit schafft, sowie eine couragierte Besteuerung von Reichtum.

Armut ist ein vielschichtiges Problem. (...) Wir wollen die anhaltende Umverteilung von unten nach oben und die geringe soziale Durchlässigkeit in Deutschland korrigieren. (...) Deshalb sind für uns eine angemessene Besteuerung höher Einkommen, von Vermögen und Finanztransaktionen wie auch ein gesetzlicher Mindestlohn und ein besserer Schutz vor Armut elementare Voraussetzungen für einen neuen sozialen Ausgleich. Wir wollen eine Sozialpolitik, die Selbstbestimmung, Teilhabe und eine verlässliche materielle Teilhabe gleichermaßen ermöglicht.



Foto: Dominik Butzmann/CDU

Dr. Angela Merkel (CDU/CSU) wurde in Hamburg geboren und studierte in Leipzig. Die Diplomphysikerin engagierte sich im Wendjahr 1989 im „Demokratischen Aufbruch“ und trat ein Jahr später in die CDU ein. Seit 2005 ist sie Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.



Foto: FDP

Rainer Brüderle (FDP) wurde in Berlin geboren und ist seit 40 Jahren Mitglied der FDP. Von 2009 bis 2011 war er Bundeswirtschaftsminister, seit 2011 ist er Vorsitzender der Bundestagsfraktion seiner Partei.

Das Spitzenteam der Partei Die Linke für die Bundestagswahl besteht aus insgesamt acht Personen. Zu ihnen gehören (von links): Nicole Gohlke, Jan van Aken, Caren Lay, Klaus Ernst, der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi, seine beiden Stellvertreter Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht sowie Diana Golze.

Foto: Die Linke

Sie haben die Wahl



Foto: Susi Knoll/SPD

Peer Steinbrück (SPD) wurde ebenfalls in Hamburg geboren. Er studierte Volkswirtschaft und Sozialwissenschaft und trat 1969 in die SPD ein. Während seiner Zeit bei der Bundeswehr erhielt er den Rang eines Leutnants der Reserve. Von 2005 bis 2009 war Peer Steinbrück Bundesminister der Finanzen.



Foto: Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen treten mit zwei Spitzenkandidaten an: Katrin Göring-Eckardt ist Theologin und derzeit Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages; Jürgen Trittin ist Diplom-Sozialwirt und war von 1998 bis 2005 Bundesumweltminister.



Fotos: mato020/fotolia; fotomek/fotolia

Soziale Sicherheit im Alter

„Mehr soziale Sicherheit im Alter und bei Erwerbsminderung!“, ist eine Kernforderung des SoVD. Angesichts hoher Kaufkraftverluste fragten wir die Parteien: „Sind Sie mit uns der Auffassung, dass der fortwährende Wertverfall bei den Renten gestoppt werden muss?“.

CDU und CSU stehen dafür ein, dass die gesetzliche Rente auch in Zukunft stabil und sicher ist. Wir wollen auch zukünftig eine Entwicklung der Renten, die Rentner verlässlich an der allgemeinen Einkommensentwicklung beteiligt, ohne der jüngeren Generation Chancen auf Entfaltung und Wohlstand zu nehmen. Eine zukunftssteife Alterssicherung steht für uns auf drei Säulen: der gesetzlichen Rentenversicherung und der privaten wie der betrieblichen Vorsorge.



men der Alterssicherung entwickelt hat.

Wir wollen die Alterssicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung zukunftsfest machen und sie in einem stärkeren Maße durch private oder betriebliche Vorsorge ergänzen. Wir brauchen eine Mischung aus umlagefinanzierter und kapitalgedeckter Vorsorge, um unterschiedliche Risiken und Sicherheiten auszugleichen. (...) Wir lehnen mit Blick auf die Generationengerechtigkeit eine Rücknahme der vergangenen Rentenreformen ab, die auf eine Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus, eine Stabilisierung der Beiträge und den Ausbau privater Vorsorge ausgerichtet waren.



Aus unserer Sicht ist es ein gravierendes Problem für die Akzeptanz der Rentenversicherung, dass es immer mehr Menschen gibt, die sehr lange in die Rentenkasse einzahlen und trotzdem Grundsicherung brauchen. (...) Mit Maßnahmen zur Bekämpfung von Lohnarmut, mit der Durchsetzung von Equal Pay wie auch und insbesondere der schrittweisen Entwicklung der Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung und der Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen wollen wir ein angemessenes Rentenniveau bei stabilen Beiträgen erreichen.

DIE LINKE.



Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ist die sichere Form der Alterssicherung und muss daher die tragende Säule der Alterssicherung in Deutschland bleiben. Dazu gehört, dass sie ein ausreichendes Sicherungsniveau gewährleistet: Bis zum Jahr 2020 soll das derzeitige Rentenniveau erhalten bleiben, dann gilt es erneut zu überprüfen, wie sich der Verbreitungsgrad der übrigen For-

Die Absenkung des Rentenniveaus ist neben Niedriglöhnen und Lücken in der Erwerbsbiografie eine zentrale Ursache künftigeigender Altersarmut. Sie muss daher zurückgenommen werden. Das Rentenniveau muss wieder auf den Stand vor den von SPD und Grünen vorgenommenen und von Union und FDP fortgesetzten Ein-

Blinde und Sehbehinderte können Schablone anfordern

Eine Wahl fast ohne Barrieren

Bei der Bundestagswahl können blinde und sehbehinderte Wahlberechtigte ihre Stimme mithilfe von Stimmzettelschablonen abgeben. Die Hilfsmittel werden von den Landesvereinen des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes (DBSV) kostenlos ausgegeben.

Mit jeder Schablone werden Begleitinformationen zum richtigen Gebrauch ausgegeben. Auf diese Weise können blinde und sehbehinderte Wählerinnen und Wähler ihren Stimmzettel selbstständig ausfüllen. Wer im Wahllokal wählt, sollte die Wahlschablone wieder mit nach Hause nehmen, damit das Wahlgeheimnis gewahrt bleibt. Auf dem Stimmzettel selbst ist kein Unterschied festzustellen.

Auch wer nicht Mitglied in einem Blindenverein ist, kann die Schablone beim Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV) anfordern. Bundesweit gilt hierfür die Rufnummer 01805/66 64 56 (14 Cent pro Minute aus dem deutschen Festnetz).



Foto: Christian Schwier/fotolia

Wählen können blinde und sehbehinderte Menschen mithilfe einer Schablone. Der Weg zum Wahllokal könnte jedoch eine weitere Hürde darstellen.